Von: Thomas Mütze <Thomas.Muetze@gmx.de>

Gesendet: Freitag, 2. Mai 2025 10:33

An: Herzing, Jürgen <Juergen.Herzing@aschaffenburg.de>; Gruber, Meinhard <meinhard.gruber@aschaffenburg.de>

Cc: fraktion@lists.gruene-ab.de

Betreff: Erneuter Antrag Kommunale Verpackungssteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, inzwischen haben wir eine Antwort auf eine Anfrage zum Plenum (AzP) erhalten. In dieser wird festgestellt, dass wir einen Satzungs-Entwurf formulieren müssen, da das Innenministerium sonst keine Basis für eine Entscheidung hat. Das Ministerium führt weiterhin aus, dass es kein Interesse an der Einführung einer weiteren Steuer hat. Dies ist aber für uns nicht relevant, da Bundesrecht Landesrecht bricht, wir also -höchststrichterlich bestätigt- eine neue kommunale Satzung einführen dürfen. Zudem wurde inzwischen in Starnberg eine Kommunale Verpackungssteuer beschlossen (s. Anlagen). Von daher **erneuern** wir unseren **Antrag** auf Erstellung einer kommunalen Satzung **zur Einführung einer Aschaffener Verpackungssteuer**.

ANTRAG

Die Stadt Aschaffenburg befürwortet die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Take-away/To-go-Einwegverpackungen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt auf Grundlage der vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Satzung der Stadt Tübingen eine städtische Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer dem Stadtrat zur Beschlussfassung und im Nachgang der Regierung zur rechtlichen Prüfung vorzulegen, dabei wird auf die bayerischen Verhältnisse im KAG eingegangen.

Eine regionale und interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit zum Erlass einer Satzung wird angestrebt.

Die Erstellung einer Satzung und Abstimmung mit anderen Kommunen sollte bis kurz vor der Sommerpause abgeschlossen sein. Der Stadtrat verabschiedet den Satzungsentwurf also auf der Sitzung an der Hohen Warte am 25.7. ,

Begründung:

Eine kommunale Verpackungssteuer ist ein wirksames Mittel zur Müllvermeidung und gegen die Flut von Verpackungsmüll. Gerade in der Innenstadt fällt viel Müll an, die Beseitigung müssen jetzt alleine die Anwohner*innen zahlen. Daher brauchen wir effektive Mittel zur Abfallvermeidung.

Eine kommunale Verpackungssteuer ist rechtlich zulässig. Das Bundesverfassungsgericht fasst seine Entscheidung zur Abweisung einer entsprechenden Verfassungsbeschwerde wie folgt zusammen:

„Die gegen diese Entscheidung gerichtete Verfassungsbeschwerde blieb ohne Erfolg. Insbesondere handelt es sich bei der Verpackungssteuer auch insoweit um eine „örtliche“ Verbrauchsteuer im Sinne des Art. 105 Abs. 2a Satz 1 Grundgesetz (GG), als der Verbrauch von

Einwegartikeln beim Verkauf von „mitnehmbaren take-away-Gerichten oder -Getränken“ besteuert wird. Der mit der Verpackungssteuersatzung bezweckte Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen widerspricht auch keiner seit ihrem Inkrafttreten maßgeblichen Konzeption des bundesrechtlichen Abfallrechts.“

Wir bestehen auf der Ausarbeitung einer Satzung auf Basis des Tübinger Modells und der Vorlage beim Innenministerium, da nur ein ausgearbeiteter Entwurf auch auf seine rechtliche Gültigkeit geprüft werden kann. In der AzP wird dazu festgestellt, *Zitat "... ein konkret formulierter Satzungsentwurf wurde dem StMI bisher nicht zur Zustimmung vorgelegt."*

Für die GRÜNE Stadtratsfraktion

Mit freundliche Grüßen

Thomas Mütze
Rektor
Stadtrat Bündnis 90/GRÜNE

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Andreas Birzle:

„Ich frage die Staatsregierung,
inwiefern sie - konkret das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration - beabsichtigt, zeitnah eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Zustimmung seitens des Staatsministeriums gemäß Art. 2 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen durch bayerische Kommunen erteilt wird, nachdem die Stadt Aschaffenburg bereits im Juni 2023 eine entsprechende Anfrage über die Regierung von Unterfranken eingereicht hat und bis heute keine Rückmeldung des Staatsministeriums erfolgt ist?“

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Gemäß Art. 2 Abs. 3 Satz 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) bedarf eine Satzung, mit der eine Kommune eine örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuer im Sinne von Art. 3 Abs. 1 KAG erheben will, der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, wenn durch die Satzung erstmalig eine in Bayern bisher nicht erhobene kommunale Steuer eingeführt wird, wobei die Genehmigung gemäß Art. 2 Abs. 3 Satz 2 KAG der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) bedarf. Eine kommunale Verpackungssteuer als eine solche örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuer wird bislang von keiner Kommune in Bayern erhoben und ein konkret formulierter Satzungsentwurf wurde dem StMI bisher nicht zur Zustimmung vorgelegt.

Das StMI prüft derzeit, wie sich der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 27.11.2024, mit dem das BVerfG die Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 24.05.2023 betreffend eine Satzung einer Kommune zur Erhebung einer Verpackungssteuer in Baden-Württemberg zurückgewiesen hatte, auf die bayerische Rechtslage auswirkt. Grundsätzlich steht die Staatsregierung der Einführung neuer Steuern in Bayern eher skeptisch gegenüber.

Starnberg führt Verpackungssteuer ein

Starnberg – Als erste Kommune in Bayern will die Stadt Starnberg eine Verpackungssteuer einführen. Grund ist das Müllproblem nahe dem Bahnhof oder an der Seepromenade. Die Stadt hofft, dass mehr Gastronomen, Händler und Kunden auf Mehrwegverpackungen setzen, wenn es eine Steuer

auf Einwegverpackungen für Lebensmittel gibt. Gleichzeitig haben sich die Kommunalpolitiker für ein Förderprogramm für Mehrweglösungen ausgesprochen. Bis die neue Steuer eingeführt wird, dürfte es aber noch dauern. Denn es müssen die Rechtsaufsicht des Landratsamtes und das bayerische

Innenministerium zustimmen.

Vorbild für Starnberg ist die Uni-Stadt Tübingen in Baden-Württemberg. Sie hat die Steuer bereits vor drei Jahren erhoben. Verkaufsstellen von Einwegprodukten wie Kaffeebechern oder Pommesschalen müssen die Steuer bezahlen.

Tübingen hat dadurch bereits im ersten Jahr etwa eine Million Euro eingenommen, in den Folgejahren ähnlich viel Geld. Starnberg rechnet mit Einnahmen von durchschnittlich 251 000 Euro in den ersten drei Jahren – bei Personalkosten von rund 33 000 Euro.

PETER SCHIEBEL